

Postanschrift: Landkreis Hildesheim, 31132 Hildesheim

Gruppe CDU / FDP

im Kreistag des Landkreises Hildesheim

Der Landrat

bearbeitende Dienststelle
Dezernat 4 - Soziales, Jugend, Sport und
Gesundheit

Diensträume Hildesheim

Bischof-Janssen-Str. 31

Auskunft erteilt

Ulrich Wöhler

Zimmer-Nr.
454

Vermittlung

(0 51 21) 309 - 0

Durchwahl

(0 51 21) 309 - 4541

Fax-Durchwahl

(0 51 21) 309954541

e-mail ulrich.woehler@landkreishildesheim.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens
26.02.2013

Mein Zeichen / Mein Schreiben vom
Dez. 4

Datum
08.03.2013

Anfrage gem. § 18 der Geschäftsordnung; Zuschussvergabe für Suchthilfen Hildesheim, Antrag der Caritas auf Erhöhung im Jahr 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 26.02.2013 haben Sie folgende Anfrage gem. § 18 der Geschäftsordnung gestellt:

Sehr geehrter Herr Landrat Wegner,

die Antwort durch Herrn Dezernenten Wöhler umgeht eine zentrale Fragestellung und löst daher Nachfragebedarf aus. Für den Kreistag und seine Gremien ist es von entscheidender Bedeutung, dass Aussagen der Verwaltung, die insbesondere zur Entscheidungsfindung dienen, inhaltlich richtig sind. Anders ist eine sachgerechte und vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht vorstellbar.

Die Ausführungen von Frau Dr. Hüppe in der Sitzung des Dezernatsausschusses 4 zur weiteren Arbeit der Einrichtungen sind bereits zitiert worden. Diese Zitate, insbesondere, dass die Caritas mit der Kürzung leben könne und dies abgestimmt sei, sind so von den Mitgliedern meiner Gruppe, die an der Ausschusssitzung teilgenommen haben, bestätigt worden.

In der Beantwortung der Anfrage führt Herr Wöhler aus, dass verwaltungsseitig nicht behauptet worden sei, dass der Antrag auf Erhöhung der Zuwendungen nicht mehr opportun sei.

Insoweit ist von mir erneut bei der Caritas, Herrn Dr. Coughlan, nachgefragt worden. Herr Dr. Coughlan war im Sitzungsraum anwesend.

Er hat sowohl die Diskrepanz zwischen den vorgenommenen Absprachen als auch die vollständig andere Darstellung von Frau Dr. Hüppe im Rahmen der Ausschusssitzung ausdrücklich bestätigt. Ich bitte daher nochmals, auf die Frage:

2. Wie stellt sich die Verwaltung zu den Vorwürfen der Caritas und wie gedenkt der Landrat zukünftig sicherzustellen, dass seine Mitarbeiter den Kreistag und seine Ausschüsse nicht fahrlässig oder ggf. sogar vorsätzlich falsch informieren?

auch im Lichte dieser Ausführungen zu beantworten.

Allgemeine Sprechzeiten

Montag 8.30 Uhr - 15.00 Uhr
Dienstag und Freitag
8.30 Uhr - 12.30 Uhr
Mittwoch geschlossen
Donnerstag 8.30 Uhr - 16.30 Uhr
sowie nach Vereinbarung bis 18.00 Uhr

Kontakt über

Fax Hildesheim
0 51 21 / 309 - 2000
Fax Alfeld
0 51 81 / 704 - 8008

www.landkreishildesheim.de

Konten

Sparkasse Hildesheim
BLZ 259 501 30 Konto 16 14
SWIFT-BIC: NOLADE21HIK
IBAN: DE08 2595 0130 0000 0016 14

Postbank Hannover

BLZ 250 100 30 Konto 76 45 302
SWIFT-BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE24 2501 0030 0007 6453 02

Zu der nochmals gestellten Frage verweise ich zunächst erneut auf die Antwort vom 25.02.2013:

Da es eine solche Aussage nicht gegeben hat, werden entsprechende Vorwürfe ausdrücklich zurückgewiesen. Eine Beantwortung der weiteren Fragestellung erübrigt sich somit.

Insofern wird mit dieser nochmaligen Antwort betont: Da die Verwaltung weder *vorsätzlich* noch *fahrlässig* falsch informiert hat, bestehen auch keine sicherstellenden Handlungserfordernisse.

Zur Verdeutlichung möchte ich nochmals aufzeigen:

Die Verwaltung hat in der Vorlage 304/XVII über den Antrag des Caritasverbandes für Stadt und Landkreis Hildesheim e.V. auf Erhöhung der Zuwendung und die angeführten Gründe informiert. Ebenso über die Aussage des Caritasverbandes, dass er mit den Zuwendungen in bisheriger Höhe nicht gewährleisten könne, die Arbeit in bisheriger Form fortzusetzen.

Der Antrag und die Ausführungen des Caritasverbandes waren dann auch zentraler Gegenstand der zwischen der Verwaltung und den Suchtberatungsstellen geführten Gespräche. Über diese Gespräche, insbesondere auch über das zuletzt am Tag vor der Ausschusssitzung geführte, hat Frau Dr. Hüppe im Ausschuss am 12.02.2012 zusammenfassend informiert.

Bei diesem am 11.02.2013 mit den Suchtberatungsstellen geführten Gespräch (an dem Herr Dr. Coughlan nicht teilgenommen hat) hat Frau Dr. Hüppe noch einmal differenziert die Verwaltungspositionen dargestellt und begründet. Sie hat erläutert, warum – trotz der weiterhin bestehenden Forderung des Caritasverbandes auf höhere Zuwendung – für den Ausschuss Beschlussvorschläge gefertigt wurden, die dem Anliegen des Caritasverbandes nicht entsprechen. Am Ende des Gespräches hat sie eine Zusammenfassung vorgenommen. Vier wesentliche Punkte aus dieser Zusammenfassung sollen hier noch einmal inhaltlich kurz benannt werden:

- Die Träger der Suchtberatungsstellen erachten die Zuwendungen des Landkreises als nicht mehr ausreichend.
- In 2013 wird daher vom Landkreis und der Stadt unter Einbeziehung der Suchtberatungsstellen eine differenzierte Überprüfung stattfinden, ob die Zuwendungen (für die Leistungen, die von den Suchtberatungsstellen für die Kommune/n erbracht werden) angemessen sind oder ob ggf. eine Anpassung erforderlich ist.
- Unter Berücksichtigung der Prüfergebnisse (Bedarfsermittlungen) werden für die Zeit ab 2014 neue Vereinbarungen erarbeitet, die mit einer dreijährigen Laufzeit (2014 – 2016) abgeschlossen werden sollen.
- Die Verwaltung wird den Fachausschuss entsprechend informieren und – mit Hinweis auf die vorgenannte Perspektive/Verfahrensplanung – um Zustimmung zur Beschlussvorlage 304/XVII bitten.

Wenn trotz dieser nochmaligen Antwort und Erläuterung aufgetretene Irritationen fortbestehen sollten, steht die Verwaltung gerne für klärende Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Wöhler